

chen, Parteien und Verbänden gesehen, ein leistungsfähiges, d. h. den Bildungsbedürfnissen gerecht werdendes öffentliches Bildungswesen aufzubauen und zu entwickeln. Gestaltung und Planung des Bildungswesens im modernen Industriezeitalter sind stets von Auseinandersetzungen um seine innere Verfassung und Zielsetzung begleitet gewesen. Diese Feststellung trifft in einer besonderen Weise für die saarländische Bildungsgeschichte zu, da hier das Bildungspolitische durch Separation und gewollte Eigenstaatlichkeit zusätzlich und stark problematisiert wurde. Das Bildungspolitische wird in dieser Arbeit vorrangig in seiner Wirksamkeit auf die zentralen Einrichtungen des Bildungswesens hin beurteilt, also den gesamten schulischen und universitären Bereich. Dagegen bleibt die vorschulische Bildung (z. B. Kindergärten) unberücksichtigt und der Bereich der Erwachsenenbildung wird nur gelegentlich angesprochen. Weitgehend ausgeklammert bleiben darüber hinaus das Schulordnungsrecht und die Jugendpflege, die nur mittelbar mit öffentlichen Bildungsaufgaben im Zusammenhang stehen.

Die Konzentration des Bildungspolitischen auf Kernbereiche des saarländischen Bildungswesens ist zu begründen. Sie rechtfertigt sich vor allem durch das Hauptziel dieser Studie, die Interdependenz zwischen bildungspolitischer Gestaltungsabsicht und genereller politischer Zielsetzung in den Jahren 1945 bis 1955 untersuchen zu wollen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Frage zu, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und mit welchen Absichten Politiker des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg einen eigenen bildungspolitischen Gestaltungswillen entwickelt haben, der sich aufgrund eigener normativer Orientierungen, individueller Erfahrungen und kulturhistorischer bzw. nationaler Bindungen prägend auf das Bildungswesen des Saarlandes ausgewirkt hat. Diese Fragehaltung fordert zu einer wissenschaftlichen Untersuchung heraus, die sich insbesondere den in der bisherigen Saarlandliteratur nicht selten anzutreffenden Vorurteilen entziehen muß, die die Darstellung saarländischer Nachkriegsgeschichte sogleich mit dem Vorwurf der Kollaboration und des Separatismus in Verbindung bringen. Notwendig ist es dagegen, die Wirkungsmöglichkeiten saarländischer Politiker nach 1945 unter den massiven Setzungen der französischen Politik herauszustellen. Politisches Handeln war nur im Rahmen einer von Frankreich zugestandenen halbautonomen staatlichen Existenz möglich, die aber immerhin Heimat und Verwaltungshoheit garantierte. Im Laufe der Jahre wurden die Gestaltungshoheiten der Saarländer erweitert, ein Prozeß, der durch den wirtschafts- und kulturpolitischen Selbstbehauptungswillen einheimischer Politiker starke Impulse empfing. Weitreichende Entscheidungsbefugnisse standen den Saarländern von Anfang an in der Sozialpolitik und in dem Bereich zu, der Gegenstand dieser Untersuchung ist, der Bildungspolitik. Sie ist daher besonders geeignet, Wesen und Intentionen eigenständiger saarländischer Politik nach 1945 herauszuarbeiten. Diese Eigenständigkeit bleibt auch dann noch, wenn man die Verpflichtungen aus der aufoktroierten Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich hinreichend berücksichtigt. Das Ziel, die saarländische Bildungspolitik von 1945 bis 1955 zu untersuchen, wird die Aufgabe, den Wiederaufbau eines öffentlichen Bildungswesens, das durch die nationalsozialistische Herrschaft und ihre zerstörerische Kriegspolitik in seiner materiellen und geistigen Substanz stark angeschlagen war, natürlich stets mit in das Blickfeld nehmen müssen. Dies wird vornehmlich im zweiten Hauptabschnitt geschehen. Es folgt dann der Kern dieser Untersuchung, die politische Gestaltung des saarländischen Bildungswesens in einer Zeit separaten politischen Daseins. Gleichzeitig gilt es, seine einzelnen Elemente